

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung

Regierungsrat führte Aussprache mit der Spitze der Sappi Schweiz AG

Solothurn, 12. April 2011 - Der Gesamtregierungsrat hat sich heute mit dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Sappi Schweiz AG zu einer von ihm initiierten Aussprache getroffen um über die Zukunft der Papierfabrik Biberist zu beraten. Der Regierungsrat hat in der offen geführten Aussprache seine Erwartungshaltung an die Sappi Schweiz AG sehr deutlich formuliert. Es wurde eine weitere Aussprache vereinbart. Diese soll nach Ablauf der Konsultationsfrist und vor dem Entscheid der Sappi Schweiz AG zum Ergebnis des Konsultationsverfahrens erfolgen.

Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler hat die Bedeutung der aktuellen Situation für die Region und den Kanton Solothurn skizziert und die soziale Verantwortung des Unternehmens unmissverständlich hervorgehoben.

Die Vertreter der Sappi Schweiz AG brachten zum Ausdruck, dass sie die entstandene Situation sehr bedauern und haben die Gründe für die beabsichtigte Betriebsschliessung detailliert dargelegt. Sie haben auch betont, dass sie daran interessiert sind, dass am Standort Biberist weiterhin industrielle Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Besprochen wurden die Rahmenbedingungen für das Konsultationsverfahren, insbesondere mögliche Szenarien und deren Realisierungschancen ausgelotet. (u.a. Weiterführung, Neue Trägerschaft, Management Buy-out, Neunutzung) Der Regierungsrat erwartet, dass er sehr transparent über die vorgeschlagenen und ge-

prüften Massnahmen informiert wird und will, dass mögliche Verwerfungen von Massnahmen klar begründet werden. Der Regierungsrat ist bereit die notwendigen personellen Ressourcen zur Lösungsfindung den diversen Arbeitsgruppen zur Verfügung zu stellen.

Erste Priorität geniesst für ihn die höchstmögliche Erhaltung der Anzahl Arbeitsplätze und die Aufzeigung aller möglichen Varianten zur Weiterführung des Werks oder Teilen desselben. Für die Lernenden hat das Unternehmen zugesagt, dass für alle eine Ersatzlehrstelle gesucht wird.

Für den Fall von Entlassungen hat er seine hohe Erwartungshaltung bezüglich des Sozialplans formuliert und deutlich gemacht, dass als Basis der Sozialplan von 2009 gelten müsse.